



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 17

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Pommerns und Westpreußens

Nr. 17

Verantwortlich: **Carl Georg Bruns**
Schriftleitung: **Bromberg, Welzienplatz 1 III**
Fernruf Nr. 321

2. Juli 1919

Inhalt: Ende und Anfang — Materialien zur ostdeutschen Frage; Deutsche Abende. Deutsch-polnischer Ausgleich. Die Unterdrückung der Deutschen in Kongreßpolen, ein lehrhafter Vorgang für die Ostmarkdeutschen — Aus den deutschen Volksräten — Pressestimmen — Kleine Nachrichten.

Ende und Anfang

„Es scheint uns unmöglich, daß feierliche Erklärungen der Regierung und der Parteien gebrochen werden sollten, jetzt, wo es sich zeigen soll, daß hinter den Worten auch der unbeugsame Wille zur Tat stand. . . . Die neuen Bedingungen sind „diese Bedingungen“, deren Unannehmbarkeit für Regierung und Nationalversammlung unfraglich feststand. . . . Und wenn die Entente in allen anderen Punkten restlos auf die deutschen Gegenvorschläge eingegangen wäre, diese Forderung (die Abtretung der Ostmarken) allein macht es für jede deutsche Regierung zur unabweißbaren Pflicht, dem Friedensvorschlag der Gegner ein durch nichts zu erschütterndes ‚Nein‘ entgegenzusetzen.“

So hieß es an dieser Stelle in der letzten Nummer der „Mitteilungen“. Unterdessen sind die Ereignisse mit rauher Hand über unsere Hoffnungen und Forderungen hinweggegangen. Wenn diese Zeilen gelesen werden, dann ist in Versailles die Abtretung der deutschen Ostmarken durch deutsche Unterschrift besiegelt. Es ist zwecklos, Unabweisbares zu beklagen. Es liegt uns fern, in der schwersten Stunde des deutschen Volkes Gegenläufe zu schaffen und zu vertiefen. Aber die einfache Pflicht der Ehrlichkeit gebietet es uns, festzustellen, daß wir über den Entschluß der Nationalversammlung und der Reichsregierung nicht nur den tiefsten Schmerz empfinden, sondern — es muß offen gesagt werden, sonst frißt der Gedanke unter der Oberfläche fort — daß wir uns vom deutschen Reiche ver-raten fühlen. „Die Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens soll überzeugt sein, daß die Regierung der Republik das Äußerste anbietet, um diese Gefahr abzuwehren.“ So hieß es in der Kundgebung der Reichsregierung und der Preussischen Regierung vom 8. Mai. Wir sind nicht der Ansicht, daß die Regierung das Äußerste aufgeboten hat. Das Äußerste war die Ablehnung der schmachvollen Bedingungen, und wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Ablehnung ein aussichtsvoller Weg war.

Das deutsche Reich hat uns nicht das Maß Treue gehalten, das wir von ihm erwarten zu müssen glaubten. Wir wollen heute keine Anklage erheben. Aber gerade wenn wir die Hoffnung auf weiteren innigen Zusammenhang mit dem gesamten deutschen Volkstum nicht fahren lassen, dann ist es nötig, daß man im Reiche weiß, wie wir denken. Gewiß, wir wissen, daß die Entscheidung, die in Weimar getroffen werden mußte, den Beteiligten schwer geworden ist. Aber sie billigen! Nein, das können wir nicht.

Und nun? Es ist hier nicht der Platz auszuführen, welche Hoffnungen wir zu Grabe getragen haben. Aber das sei doch gesagt, daß niemand sich der Pläne zu schämen braucht, die er erwogen hat zum Schutze unseres Volkstums. Und was wir weiter planen und sinnen werden, das soll auch in Zukunft nur

diesem Ziele gelten. Dunkel steht die Zukunft vor uns. Welche Gefühle heute durch unsere Herzen ziehen, wo wir am Grabe des deutschen Reiches stehen, das wir Ostmarkdeutschen mit heißer Seele geliebt haben, das auszusprechen, geht über die Kraft. Die seelische Erschütterung, die die Ereignisse der letzten Wochen auslösen mußten, wird noch lange fortwirken, und wir wollen die Gefahr, die darin liegt, jetzt zu erschlaffen in unserem Willen zur deutschen Zukunft, nicht verkennen. Alles, was wir in Generationen erarbeitet und erstrebt haben, ist vernichtet. Wir müssen vom ersten Anfang an neu beginnen, und das ist bitter schwer. Aber wir wollen es tun, und unserem Willen wird die Zukunft gehören trotz Allem!

Materialien zur ostdeutschen Frage

Deutsche Abende

Mit diesem Namen möchten wir Veranstaltungen bezeichnen und unseren Deutschen Volksräten ans Herz legen, die unseren früheren Konzerten, Gesangsaufführungen, Lichtbildervorträgen, Rezitationsstunden, Volksunterhaltungsabenden, Gartenmusiken und Volksfesten in den äußeren Formen ähnlich sein können, die aber vom Geiste eines neuen, großen Zwecks durchströmt sein sollen: dem notgeborenen Ziel, deutsches Denken, Fühlen und Wollen in Stadt und Land zu beleben und zu festigen.

Denn neben der deutsch-politischen, organisatorischen Arbeit unserer Volksräte, die diese Abende, an denen viel Volk zufließen wird, durch kurze Vorträge auch für jene Zwecke nützen können, ist hier ein wichtiges Stück Arbeit für unser Volkstum zu tun. Wir müssen alle Künste in den Dienst unserer deutschen Sache stellen. Dienten die oben aufgezählten Formen öffentlicher Veranstaltungen bisher nur der Freude und einer mehr oder minder veredelten Unterhaltung, so müssen und können wir sie jetzt in der einen oder der anderen Form hineinziehen und teilhaben lassen am ganzen Ernst der Zeit. Konnten wir es uns früher leisten, uns in diesen Dingen behaglich zu zersplittern, so müssen wir uns jetzt zusammenraffen und auch von dieser Seite her den großen Kampf um Erhaltung und Gesundung unseres Volkstums aufnehmen.

Das klingt nun großartig und wird doch im Einzelfall sich immer nur zu einem kleinen Tropfen verdichten lassen. Nun, wenn er nur den Stein höhlt!

Neden wir zunächst von Veranstaltungen im geschlossenen Raum. Unser neuer Wille kann in das Konzert hinein seinen Weg so finden, daß wir ein paar Jahre lang einmal die Ausländerei von uns abtun und ganz überwiegend unsere deutschen Meister pflegen. Es strömt etwas über aus den Klängen Bachs, was nachwirkt und uns aufrechter durch die unendlich schweren Jahre gehen lassen kann, die kommen werden! — Im gesungenen Wort, im Liede, ist durch die Wahl des Textes die Möglichkeit einzuwirken schon unmittelbarer gegeben. Da unsere Vaterlandsgesänge uns heute meist schmerzlich erregen, muß unser Volkslied, dieser Schutzhüter deutschen Gefühls, seine Kostbarkeiten, die wie das Tischlein deck dich, unerschöpfbar sind, reichlicher austreuen! Unsere Männergesangschöre, die sich nach der Zerstreung der Kampffahre nun wieder zusammengefunden haben, finden da eine größere Aufgabe vor als früher! Und sie sollten weniger das verzwickte schwierige Kunstlied pflegen, als den einfach zu Herzen gehenden Gesang zur Vollendung feigern!

Das gesprochen vorgetragene Dichterwort, das schon eher noch vaterländische Schöpfungen finden kann, die wir heute noch hören mögen — die Deutsche Vereinigung Bromberg macht gerne Angaben — kann zusammen mit Gesang und Instrumentalmusik und etwa einem kurzen Zeitvortrag „Deutsche Abende“ von

tiefer Wirkung gestalten helfen. Auch die Dichtung der Ostmark, die von Heimat und Deutschtum singt, ist reicher als viele wissen —, auch da stehen von der D. V. Br. Programme zur Verfügung.

Dem Dilettantentheater, soweit es bereit ist, dem faden Schwank zu entsagen, böten sich schöne Aufgaben, namentlich, wenn es sich statt mit ganzen Stücken einmal auch mit herauslösbaren, leicht darstellbaren Szenen großer Dichtung begnügen lernt. Auch unsere Lichtbilderabende müssen ihr Gesicht wechseln. Der „patriotische“ Bilderflimbim freilich ist heute in all seiner Geschmacklosigkeit abgetaner als je. Aber das echt deutsche Kunstwerk, sei es Gemälde oder Skulptur, wenn das Wort richtig darauf eingestellt, und das mit der Photographie gewonnene Heimatbild, oder die Bilder alter deutscher Städte können Liebe zu deutscher Art wecken.

Und dann: die Kirchen auf! Es wäre eine segensreiche Nebenwirkung der Revolution, wenn diese alte, in der Schweiz längst erreichte Forderung allgemein befriedigt würde! Gewiß: der parteipolitischen Arbeit soll sich dieser geweihte Versammlungsraum nicht erschließen! Ist der Streit ja auch nicht der — böse — Vater der Dinge — der bleibe vor der Kirchentür! Aber unserer deutschen Volksratsache, vor der — wie alle Menschen vor Gott — alle Menschen und Parteien, soweit sie nur einen deutschen Staat wollen, gleich viel und gleich wert sind, sollten die Türen der deutschen Kirchen sich doch öffnen! Namentlich auch zu mit Dichtung, Musik und Gesang erfüllten Abenden, die sich nicht nur an den Kopf wenden, sondern das deutsche Herz zu erheben trachten. Der Hausbewohner: die Orgel kann da ein mächtiger Bundesgenosse sein!

Und dann: es scheint so, als wolle uns dieser Sommer mehr sonnige Tage bieten, wie das deutsche Sommer sonst im Gebrauch haben. Und wie viele Menschen haben unter freiem Himmel Platz! Nicht überall ist, wie auf der „Schweden-Schanze“ in Gordon ein natürliches Amphitheater da, dem der deutsche Strom und die deutsche Kulturarbeit der längsten Eisenbahnbrücke den rechten Hintergrund bauen, aber etwa eine Waldwiese steigt überall an, so daß ein Raum zum Spielen und zum Schauen entsteht. Ein feierlicher Bläserchor beginnt, eine Rede und ein Reigentanz folgen, und wenn die nahe Stadt mithilft, führt man etwa Szenen aus Schillers „Tell“ auf: erster Aufzug, vierte Szene und den ganzen zweiten Aufzug, d. h. die Melchtal-Szene, das Ruden-Attinghausengespräch, den Müllischwur. Das löst sich gut heraus. Die „Tell“-Szenen selbst entziehen sich einfacheren Darstellungsmitteln, weil einmal ein beträchtlicher Schauspieler nötig ist, und weil sie auch mehr Szenerie erfordern; doch läßt sich im vierten Aufzuge, zweite Szene, Attinghausens Sterbeszene noch anfügen. Schillers Kraft, unser Volk neu zu begeistern, ist unausschöpfbar. Ein Prolog, der Einst und Heute verbindet, steht von der Deutschen Vereinigung, Bromberg zur Verfügung. Und andere Vorschläge auch!

Müssen unsere Gartenmusiken immer nur triviale Lustbarkeiten mit Kaffeeplätzchen und Kegelspiel sein? Sind sie nicht durch Beeinflussung der Programme im ganzen, und z. B. durch eine Rede, der etwa ein gemeinsamer Gesang folgt, auf kurze Zeit der deutschen Sache dienstbar zu machen? Der Deutsche Volksrat Meseritz hat am Himmelfahrtstage mit einem Gartenkonzert tiefe Wirkung erzielt. Das treffliche Programm steht von der Deutschen Vereinigung, Bromberg, zur Verfügung.

Nebenbei gefragt: Was läßt sich an Jahrmärkten tun? Nicht wenig! z. B. eine Bude aufmachen, in der gute, deutsche Bildbrüche, farbige und schwarze, zu haben sind. Das ist im Westen schon oft geschehen. Der Dürerbund Dresden-Blasewitz schickt Listen und hat auch Wandersammlungen. Und unsere guten, billigen Buchereien, die von der Dichter-Gedächtnis-Stiftung in Hamburg, der Schatzgräber und die anderen lassen sich ausbieten. Diesen Gesundbrunnen für unsere deutschen Volksleser machen heute weniger die 10 Pfg.-Kolportage-Schundhefte, als allerhand äußerlich ganz nobel ausgestattete Sammlungen voll feichten Schauersehendes wahrhaft unsaubere Konkurrenz.

Und dann, warum fangen wir unsere deutschen Demonstrationzüge nicht häufiger ab und geben ihnen auch über die Ansprache hinaus in Garten, Platz oder Kirche ein schönes, alle vereinigendes Ende in Volkslust oder Volksernst? Ein Männer- oder Jugendchor, der im Volksliede vom Vaterland singt oder ein Volksfest, von Reigen, Gesang und Bläserchor belebt oder ein Orgelspiel von Bach, zu dem alle zum Schluß die Kirche betreten!

Wie ist es mit den Erntefesten? Wer schafft aus den Resten alter Bräuche neue? Und verwurzelt in ihnen gerade die Erinnerung an diese harte Zeit der Not? Damit die Enkel sehen, daß die Väter trotz allem den Mut zu deutscher Freude hatten! — Liegen überall in den Kuppeln der Kirchtürme schon Dokumente und Erinnerungszeichen an diese Zeiten? Wie viele junge Stämmchen wachsen schon den Gefallenen zum Gedächtnis in kommende Tage hinein? Wurden in Kirchen- und Gemeindebüchern schon überall in besonderer Liste die Namen der Gefallenen verbucht? Man kann eine schöne, ernste, feierliche Handlung daraus machen!

An die Arbeit ihr Herren! Und besonders ihr Herren Pfarrer und Lehrer auf dem Lande! Die Mühe lohnt sich im Gelingen!

Die Deutsche Vereinigung, Bromberg, Welkzienplatz 1, hilft gern mit Rat und, wo es sein kann, mit der Tat. — Und es ist genug erreicht, wenn die Teilnehmer an alledem nur das Gefühl mit wegnehmen:

Wir sind etwas, wir deutsches Volk!

Deutsch-polnischer Ausgleich*)

Die polnische Presse innerhalb des deutschen Gebietes lehnt den von den Deutschen Volksräten geforderten Ausgleich zwischen der deutschen und der polnischen Bevölkerung einmütig ab. Abgesehen von den in den Spalten der polnischen Blätter nun einmal unvermeidlichen gehässigen Ausführungen gegen das Deutsche überhaupt, sind es im wesentlichen zwei Gründe, die dagegen angeführt werden: erstens, die Forderung komme zu spät, zweitens, das Mißtrauen gegen Deutschland sei so stark und so gerechtfertigt, daß der Ausgleich nie und nimmer innerhalb eines deutschen, sondern ausschließlich im Rahmen eines polnischen Rechtsstaates stattfinden könne. Interessant ist auch das hin und wieder zutage tretende dritte Argument, daß ein Ausgleich nur insoweit zustande kommen dürfe, als er nicht gegen die Bestimmungen des Versailler Friedens verstoße, da Polen gehalten sei, sich ihnen zu fügen. Besonders scharf betont der „Dziennik Bydgoski“ den Standpunkt mit den Worten: „Verlangt jedoch von uns nicht,

daß wir uns dem Urteil der Entente widersetzen, welche in diesem Falle das Werkzeug in der Hand der Vorsehung darstellt.“ Diese Begründung ist mehr als oberflächlich und auch innerlich unehrlich, denn die Entscheidung über das Schicksal im Osten ruht auch in Polens eigener Hand, das ebenso oft wie Deutschland betont hat, die Versailler Beschlüsse keineswegs als unbedingt bindend anzuerkennen, falls sie seinen Wünschen nicht Genüge geben sollten. Die Schwierigkeiten, über die man jetzt im Rat der Vier bezüglich der Ostfrage hinwegkommen möchte, liegen ferner, abgesehen von der unversöhnlichen Haltung des auf seinen eigenen Vorteil bedachten Frankreichs, gerade in den weitgehenden polnischen Forderungen. Bis jetzt liegt die Sache doch so, daß die Versailler Friedenskonferenz in den wesentlichsten Punkten die polnischen Wünsche erfüllte und daß das Friedenswerk hauptsächlich ihretwegen zu scheitern droht. Die Forderung nach dem Ausgleich soll die Polen keineswegs zwingen, sich den Versailler Beschlüssen, auf die sie doch selbst den maßgebendsten Einfluß haben, zu widersetzen, sondern sie in

*) Geschrieben am 20. Juni.

ihrem eigenen Interesse dazu bewegen, auf ihre vernunftgemäße und gerechte Abänderung einzuwirken. Der dritte Einwand fällt demnach in sich selbst zusammen. Über die beiden ersteren ließe sich reden.

Das von der polnischen Presse so geflissentlich betonte Mißtrauen der Polen gegen alles, was deutsch ist, erscheint schließlich als durchsichtige Masche, denn die „Marienburger Entschließung“ der Volksräte hat im Innern des polnischen Volkes doch anders gewirkt, als seine Presse öffentlich zugeben möchte. Jedenfalls besteht Grund zu der Annahme, daß es für die polnische Bevölkerung noch keineswegs zu spät ist, auf dem Irrweg, in den sie die amtliche großpolnische Fälschung und Verleumdungspropaganda hineingeführt hat, umzukehren und sich von vorerfassten Meinungen wieder frei zu machen. Daß die Forderung nach einem Ausgleich in polnischen Kreisen gewirkt hat, beweist auch der Schlusssatz eines in der „Danziger Zeitung“ vom 3. Juni — Nr. 252 — wiedergegebenen Briefes eines polnischen Geistlichen, in dem gegen die Auffassung eines früher dort erschienenen Artikels „Die Polen und die Religion“ Einspruch erhoben wird. Es heißt darin: „Jedenfalls hat der Verfasser des Artikels „Die Polen und die Religion“ dem polnisch-deutschen Ausgleich, von dem in dem letzten Aufrufe der Deutschen Volksräte die Rede war, einen Bären-dienst erwiesen.“

Beachtet wurde die Entschließung mithin, und das ist die Hauptsache.

Die Unterdrückung der Deutschen in Kongresspolen — ein lehrhafter Vorgang für die Ostmark-deutschen

Nichts Gutes haben die ostmärkischen Deutschen, die gegen ihren Willen an einen fremden Staat verschachert werden sollen, unter polnischer Herrschaft zu er-

warten. Die Regierungsmänner und Publizisten dieses neuen Staates, die bei jeder Gelegenheit die hohe Toleranz des polnischen Volkes rühmen, sind schon jetzt dabei, die 600 000 Deutschen im ehemaligen Russisch-Polen zu verfolgen und völlig zu vernichten. Wir erhalten hierüber von einem aus Kongresspolen zurückgekehrten Kenner der dortigen Verhältnisse folgende Mitteilungen:

Was waren die ersten Regierungshandlungen in diesem Lande, das kein geordnetes Gemeinwesen besitzt, dessen Arbeiter vergebens nach Brot und Beschäftigung verlangt, dessen schnellgeschaffene Beamtenerschaft schon jetzt im Kerne faul der Korruption verfallen ist? Maßnahmen gegen die nationalen Minderheiten!

Mit der rücksichtslosen Entlassung der einen deutschen Namen tragenden, evangelischen einheimischen Beamten und Angestellten in behördlichen und privaten Bureaus fing es an, auch die Juden wurden dabei nicht geschont. Tausende fleißig schaffende Menschen wurden auf diese Weise um Existenz und Ansehen gebracht. Mit der unter strengster Strafandrohung befohlenen Beseitigung deutscher und jüdischer Aufschriften an Ladengeschäften und Privatwohnungsstätten ging es weiter: man nahm dabei keine Rücksicht, selbst nicht in solchen Orten, die eine deutsche oder jüdische Bevölkerungsmehrheit haben oder der Arbeit deutscher und jüdischer Staatsbürger ihr Dasein, Aufblühen und Gedeihen verdanken. So hat die zweitgrößte Industriestadt Russlands, Lodz, auch heute noch, trotz der in der Kriegszeit erfolgten mächtigen Abwanderung, 70 000 deutsche Einwohner, vier Fünftel der ganzen Industrie befindet sich in deutschen und jüdischen Händen, vier Fünftel der ganzen Steuern werden von diesen Bevölkerungsschichten getragen, die niemals staatsfeindlich waren, deren deutsche oder jüdische Sprache nun aber doch aus dem Anlitze der Stadt verbannt wird, — eine Maßnahme, die

der „russische Bedrucker“ von früher niemals getroffen hat.

Die für die kulturellen Rechte ihrer Volksgenossen eintretenden Persönlichkeiten werden verfolgt. Vorwände werden gesucht, um unschuldige Menschen ins Gefängnis zu bringen und damit „abschreckend“ zu wirken. Der wüfteste Terror gegen Andersstämmige und Andersgläubige wird von der polnischen Geistlichkeit und von den nationalistischen Agitatoren offen gepredigt. „Polen ist nur für die Polen da.“ „Die Deutschen, die in Holzpantoffeln ins Land gekommen sind, die Juden, die als Lumpensammler groß wurden, fort mit ihnen!“

Das Koalitionsrecht ist von der Regierung des neuen Staates für die deutsche Minderheit kurzerhand beseitigt worden. Die einzige große Organisation der Deutschen in Polen, der annähernd 30 000 Mitglieber zählende Deutsche Verein, wurde im Februar dieses Jahres ohne Gerichtsbeschluss, ohne eine Begründung, durch rein administrative Anordnung einfach unterdrückt. Das ganze Vermögen des Vereins und seiner 300 Ortsgruppen wurde beschlagnahmt, die Führer wurden verhaftet und wochenlang gefangen gehalten. Wohlgemerkt, ohne daß eine Anklage gegen sie erhoben wurde! Um die Teilnahme der Deutschen an den städtischen Wahlen zu stören, wurde die Bürgerschaft durch Verhaftungen erschreckt. Deutsche Wählerversammlungen wurden teilweise verboten. Die deutschen Zeitungen stehen unter strengem Zensurdruck.

Die 500 deutschen Dorfschulen, durch die weitgehendste Opferwilligkeit der deutschen Bauern errichtet, und seit einigen Jahren in einem Selbstverwaltungskörper, dem deutsch-evangelischen Landeschulverband, zusammengeschlossen, sind im März dieses Jahres durch ein Dekret des Ministeriums, ohne daß der Landtag Beschluß faßte, dem Staate angegliedert worden, was ungefähr soviel bedeutet wie die Vernichtung des deutschen Schul-

wesens überhaupt. Denn wenn dieses Dekret auch bestimmt, daß auf besonderen Antrag der Eltern überall dort, wo mindestens vierzig deutsche Kinder sind, eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache bestehen darf, so wird dieser besondere Antrag, diese Willenserklärung der Eltern, wo es nur irgend geht, unterdrückt. Bei der erstmaligen Einreichung dieser Erklärungen, der die deutschen Bauern fast ausnahmslos nachgekommen sind, haben die unteren behördlichen Organe alle möglichen Schwierigkeiten gemacht. Zahlreiche deutsche Schulen sind auf diese Weise mit dem ersten Anstich beseitigt worden, zahlreiche andere werden folgen und der Rest wird durch verwaltungstechnische Maßnahmen der Polonisierung verfallen. Denn der Wille zur völligen Vernichtung der deutschen Schule ist vorhanden.

Doch auch damit ist es nicht genug. Selbst die rein wirtschaftlichen Einrichtungen der Deutschen in Polen sind nicht sicher. Eine Reihe von Raiffeisenkassen wurde unter falschen Vorwänden durch widerrechtliche Beschlagnahmungen oder auch Schließung schwer geschädigt.

Zu alledem kommt ein verwerfliches abenteuerliches Spießsystem hinzu. Niemand ist vor Denunziationen sicher. Die „schwarze Liste“ ist überall zu finden. Den Juden ergeht es ähnlich oder noch schlimmer. Es haben nicht nur die bekannten Boqrome stattgefunden, auch in vielen kleinen Orten kam es zu pöbelhaften Ausschreitungen wildester Natur. Der jüdische Kaufmann und Händler ist buchstäblich zu keiner Stunde des Tages und der Nacht sicher, seine Warenvorräte an echte oder falsche Polizisten und Soldaten zu verlieren.

So sieht die Freiheit, die Gerechtigkeit und vielgerühmte Toleranz im neuerstandenen Polen aus. Und diesem Staate sollen noch größere nationale Minderheiten angegliedert werden! Die alliierten Regierungen täten besser, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß — wenn auch

entgegen dem Willen des Herrn Baderowski — ein wirklich großzügiger Minderheitenschutz die Rechte der zu polnischen Bürgern vierter Klasse gemachten Andersstämmigen garantiert. Nicht aber, daß neue, im polnischen Staate fremd-

stämmige Massen den unfähigen Direktanten in Warschau ausgeliefert werden, die, den chauvinistischen Treibereien gegenüber machtlos, immer nur an eine Erweiterung ihrer Grenzen denken.

Aus den Deutschen Volksräten

Verammlung der Volksratsvertreter in Bromberg. Am 17. d. M. hielt in Bromberg Geheimrat Cleinow, Obmann des Volksrates des Regedistriktes und des Volksratsausschusses der Vereinigten Volksräte der Ostmark in Danzig, vor der Verammlung der gewählten Volksratsvertreter des Regedistriktes einen Vortrag, in dem er die Stellung der Ostmark im Hinblick auf die Versailler Antwort und die Entwicklung ihrer inneren Lage schilderte. Er erstattete Bericht über die Tätigkeit des Danziger Volksratsausschusses, dessen Tagung ein inniges Zusammengehen mit den Zielen des parlamentarischen Aktionsausschusses und den Bestrebungen des Reichskommissars Winnig, sowie den Zusammenschluß der gesamten Ostmark von Memel bis Kreuz und Katowitz und die einheitliche Zielrichtung der in ihr vertretenen Organisationen der Volksratsbewegung und des ostpreussischen Heimatdienstes ergeben habe. Cleinow wies darauf hin, daß die gesamte Ostmark ohne Unterschied der Provinzgrenzen und der Parteizugehörigkeit sich als unteilbares deutsches Gebiet betrachte und daher den zweiten Versailler Friedensentwurf als unannehmbar zurückweise, da er die Einheit der Ostmark in Frage stelle. Die Ostmark sei entschlossen, ohne Rücksicht auf die Forderungen der Entente ihr Deutschtum zu bewahren und werde ihr Geschick selbst in die Hand nehmen, wenn das Deutschtum auf andere Weise nicht gerettet werden könnte. Cleinow unterstrich noch einmal die Marienburger Entschliebung der Volksräte, von deren Forderung auf friedlichen deutsch-polnischen Ausgleich die polnische Presse vorgäbe, daß sie nicht beachtet werden könne. Die deutsche Ostmark sei aber gewillt, sich die Gleichberechtigung, die ein derartiger Ausgleich voraussetze, mit

allen Mitteln zu erringen. Die deutsche Ostmark erwarte von ihren Führern, daß sie in diesen Stunden, die für die Zukunft der deutschen Volksgenossenschaft der Ostmark entscheidend seien, den richtigen Entschluß finden werden, um sie vor dem drohenden Untergang durch den polnischen Vernichtungswillen zu retten.

Die von dem Ernst der Stunde durchdrungenen und von Fichteschem Geiste getragenen Ausführungen fanden den einmütigen Beifall der Verammlung, aus deren Mitte heraus ein entschlossenes und ernstes Bekenntnis zum Deutschtum abgelegt wurde. Von den erschienenen 200 Volksratsvertretern wurde darauf nach einstimmiger Billigung in geheimer Abstimmung nachstehendes Telegramm an die Reichskommissare Winnig und Hörsing, den parlamentarischen Aktionsausschuß der Gruppe Nord, z. B. des Reichskommissars Gehl in Danzig, die Oberpräsidenten von Batocki-Königsberg, Schnakenburg-Danzig und Regierungspräsident von Büllo-Bromberg abgesandt:

„Die in Bromberg nach Bekanntwerden der Versailler Antwort zusammengetretenen gewählten Vertreter der Volksräte des Regedistriktes erklären einmütig, daß die Antwort für Deutschland und für die Ostmark unannehmbar ist und ihre Annahme die Vernichtung des ostmärkischen Deutschtums bedeutet. Der Regedistrikt ist entschlossen, sein Deutschtum unter allen Umständen zu behaupten und reicht den deutschen Brüdern in der gesamten Ostmark von Memel bis nach Kreuz und Katowitz die Hand zu einigem Zusammenschluß. Der Regedistrikt vertraut den Führern des Volkes, die jetzt das Geschick der Ostmark leiten, und erhofft von ihnen, daß sie in dieser schweren

Stunde ihre ganze Kraft ausbieten, um die Gefahr von der Ostmark abzuwenden und die Ostmark geschlossen auf den Weg zu führen, der die Rettung von polnischer Knechtschaft bringt. In dieser Hoffnung und in diesem Vertrauen begrüßt Sie der Volksrat des Nehedistrikts und versichert

Ihnen, daß der Nehedistrikt bereit ist, sich Ihrer Führung zu unterstellen, sobald Sie im Verein mit den Führern in Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien die einige Ostmark zur Entscheidung rufen.

Der Volksrat des Nehedistrikts.
J. A.: Kleinow, Obmann."

Pressestimmen

Polnische Presse

Eine Erinnerung.

Der Pariser Korrespondent des „Kurjer Warszawski“ berichtete am 19. April: „Was unsere Frage anbelangt, und zwar die Frage der polnisch-deutschen Grenze, so ist es gekommen, wie wir es vorausgesehen haben. Im Verlaufe einer großen Reihe von Sitzungen kreuzten sich sehr zahlreiche dilettantenhast ausgearbeitete Projekte in der polnischen Frage. Infolge des dringenden Termins war die Konferenz gezwungen, zu einem konkreten Projekte zurückzukehren, das in allen seinen Einzelheiten nach langen und gewissenhaften Studien in der Kommission für polnische Angelegenheiten unter dem Vorsitz von Cambon ausgearbeitet worden war. Der Rat der Fünf kam sehr bald zu der Einsicht, daß er allein in der kurzen Zeit die Fragen der Grenzen nicht werde lösen können und übergab am 26. April seine Vollmacht zu Händen des Cambon (mit nur geringen Einschränkungen). Also wurde die Kommission für polnische Angelegenheiten (bis dahin „Bureau d'étude“) die entscheidende letzte Instanz. Nach sechschöchentlichen, unnützen, wie es scheint, und die polnische öffentliche Meinung erregenden Diskussionen wird der Text der Kommission des Cambon mit kleinen Korrekturen schwarz auf weiß in dem Präliminarfriedensentwurf mit Deutschland erscheinen. Der Text Cambons ist im allgemeinen bekannt. Danach fallen an Polen Oberschlesien, die Provinz Posen,

ein Teil Westpreußens mit über 120 Kilometer Meeresgestade.“

So wurde mit dem Schicksal von über 4 Millionen Deutschen umgesprungen! Wir Deutschen waren Ware für die Leute in Versailles.

„Gazeta - lastwita“ (Allenstein) Nr. 68 vom 12. Juni 1919.

Polnische Panzerzüge.

Am 29. Mai hat in Posen auf dem Bahnhof vor dem früheren kaiserlichen Pavillon die Feier der Einweihung der ersten zwei polnischen, in Groß-Polen erbauten Panzerzüge stattgefunden.

General Henrys in Warschau.

In den nächsten Tagen wird General Henrys aus Paris nach Warschau zurückkehren. . . . Sein Verweilen in Paris hat die Sache der technischen Ausbildung der polnischen Armee bedeutend vorwärtsgebracht, so daß er wahrscheinlich schon mit einer Anzahl von Offizieren abreisen wird, welche mit den polnischen Faktoren an der technischen Ausbildung der Armee zusammen wirken werden.

Lederriemen für Lodz.

Bald wird in Lodz ein Transport Lederriemen aus England eintreffen, welche speziell für Fabriken bestimmt sind. Ein Waggon dieser Riemen befindet sich bereits in Danzig. Der zweite Transport ist für Warschau bestimmt.

Litauen und Weißrußland.

Die Verblendeteten in Litauen. Als die Stadt Schirwint, welche unsere Truppen den Bolschewisten abgenommen haben, nach der Entfernung der polnischen Abteilungen von

litauischem Militär besetzt wurde, hielt der bekannte Geistliche Nowicki (ein Litauer) eine niedererschmetternde Predigt gegen die Polen und forderte das Volk auf, daß es das Land vor „diesem niederträchtigen Volke schützen soll“. In derselben Stadt Schirwint hat der Ortsvikar dreizehn unserer Soldaten mit Revolvergeschüssen getötet.

„*Dziennik Bydgoski*“ (Bromberg) Nr. 139 vom 19. Juni.

Auf falschem Wege befinden sich die Deutschen. Sie sind diesen Weg so lange geschritten, bis sie an den Rand des Abgrundes gekommen sind. Die Entente hätte sie in denselben durch ihren letzten Schlag hineinstoßen können, zu welchem sie vorbereitet war. Da sie sich aber durch Rücksichtnahme gegenüber dem aufs Haupt geschlagenen Feinde leiten ließ, so hat sie den Schwung ihrer mächtigen Armeen aufgehalten.

Ein kleiner Teil Leute in Deutschland hat diese großherzige Geste verstanden. Die Mehrheit vergaß den furchtbaren Fall bald und kehrt zu den Wegen zurück, auf welche sie von dem preußischen System geleitet wurde. Die Zeitungen gewisser Art reden heute dem deutschen Volke ein, daß es eigentlich gar nicht geschlagen worden sei und gutwillig die Waffen gestreckt habe. Solch eine Hinterlist übersteigt alle Grenzen, aber der Durchschnittsdeutsche hat die furchterliche Niederlage bald vergessen und glaubt, daß eine Möglichkeit der Wiedervergeltung existiert.

Und wenn nicht einer Wiedervergeltung hinsichtlich der Entente, so doch gegenüber den Polen. Dadurch erklärt sich die nie dagewesene Aufgeblasenheit und Tollwütigkeit, welche die deutsche Bevölkerung in unseren Gebieten erfaßt hat. Die Stimmen der Vernunft und des Verstandes sind vollständig totgeschwiegen, und die Kriegsfanfaren melden sich lauter denn je. Wo ist hier der Verstand? Die Entente hört Klagen und Jammer der Deutschen lange geduldig an. Sie weiß, daß die Friedensbedingungen schwer sind, leichtere konnte jedoch

wohl niemand erwarten. Wir wissen doch genau, was die Deutschen der Entente für Bedingungen aufgelegt hätten, wenn sie Sieger geblieben wären. Das beweisen die amtlichen und halbamtlichen Enunziationen. Die ganze Welt sollte geradezu eine Fußbank für Deutschland werden. Die Entente dagegen verlangt wieder gar nicht so viel, wird aber hart zu sein verstehen, wenn Deutschland ihre Forderungen nicht annimmt. Die Folgen können für das ganze Volk fatal sein. Besonders aber die Deutschen in unseren Gebieten, welche einen derartig großen Spektakel machen und der Entente geradezu drohen — wie stellen sie sich die Zukunft vor? Sie glauben wohl selbst nicht daran, daß sie sich dem Urteil der Entente ständig widersetzen könnten. Und dennoch kündigen sie einen Widerstand an und zwar einen Widerstand bis zum letzten Atemzug. Daraus kann das schrecklichste Unglück für die ganze Bevölkerung, ebenso für die polnische wie für die deutsche entstehen. Wenn die Drohungen gewisser Kreise in Erfüllung gehen, wird die polnische Bevölkerung noch viel leiden müssen. Aber ihre Leiden werden früher oder später ein Ende haben. Was wird jedoch mit der deutschen Bevölkerung geschehen? Sie wird doch auf diesem Boden auch weiterhin mit den Polen zusammen leben wollen! Wie soll später das Verhältnis zur polnischen Bevölkerung sein? Aus dem vergossenen Blute und der sittlichen Bedrückung wird gewiß keine gemeinsame Liebe und Wille zur Einigkeit entstehen.

Deshalb wenden wir uns an jene Deutschen, welche vom Fatalismus nicht verblendet sind, daß sie sich von den Aufhebern abwenden und die Verhältnisse nicht noch mehr verschlimmern sollen. Die polnische Bevölkerung ist ruhig und denkt gar nicht daran, irgend jemand unrecht zu tun. Eine Herde Schafe ist sie aber auch nicht und wird das erlittene Unrecht nicht vergessen.

Ganze Jahrhunderte lebten wir unter preußischer Herrschaft als geborene Min-

der dieses unseres Landes und erlitten zahlloses Unrecht, ohne selbst jemanden Unrecht zuzufügen. Wir haben deshalb auch das Recht, zu verlangen, daß die deutsche Bevölkerung die Arbeit ruhen lasse, welche zum gegenseitigen Auffressen führt. Die preussischen Ideale mögen zur Vergangenheit gehören und ihr Platz ist in der Kumpelkammer der Menschheit. Wer sie jetzt noch hegt, der ist ein Schädling gegenüber den Idealen der Menschheit im allgemeinen und der größte Schädling seines eigenen Volkes. Unsere deutschen Bürger, welche diese Ideale pflegen, befinden sich auf falschem Wege. Es ist die höchste Zeit, daß sie von denselben abweichen im Interesse ihres eigenen Volkes

(So wenig wir uns mit den vorstehenden Ausführungen im ganzen einverstanden erklären können, so zeigt sich doch in ihnen ein Geist des Sichverständigenwollens, auf dem vielleicht weitergebaut werden kann.)

Gazeta Toruńska (Thorn), Nr. 129 v. 11. Juni 1919.

Am 6. Juni wurde im polnischen Landtage vom Marschall Trapeznystki ein Dringlichkeitsantrag des nationalen Volksverbandes verlesen, der folgendermaßen lautete:

Um die Rechte der nationalen Minderheit.

Angeichts der Nachricht, daß die polnische Delegation auf dem Kongreß von den Mächten einen Traktat Polens mit den Verbündeten erhalten habe in Sachen der Sicherung der Rechte nationaler und konfessioneller Minderheiten in Polen, als in einem entsprechend dem Artikel 93 des Vertrages mit Deutschland entstandenen neuen Staate, wolle der hohe Landtag beschließen:

Der Landtag der polnischen Republik stellt fest, daß Polen kein neuer Staat

sei, sondern eines der ältesten Reiche Europas, welches eine ununterbrochene Tradition der Freiheit und Gerechtigkeit besitzt. Die polnische Republik hat nie ein Volk bedrückt, auch keine Annexionen vollzogen, keine religiösen Verfolgungen unternommen. Diese Tradition und der von Anbeginn kategorisch ausgedrückte Wille des jetzigen gesetzgebenden Landtages, den nationalen Minderheiten und allen Konfessionen volle Rechte und Garantien einer freien Entwicklung in Polen zu geben, sichern die Rechte dieser Minderheiten zur Genüge — entsprechend den edlen Grundsätzen des Völkerbundes, welche für Polen nicht neu sind, sondern eine ewige Grundlage seiner ganzen inneren und äußeren Politik bilden. Der Landtag der Republik stellt fest, daß die nationalen und konfessionellen Minderheiten in Polen stets volle Freiheit und alle Rechte genießen werden, welche ihnen bei den edlen Demokratien des Westens eingeräumt werden (vgl. Irland!), welchen Polen oft in Hinsicht der Gleichberechtigung der Konfessionen und Nationalitäten voraus war.

Dagegen stellt der Landtag der Republik hiermit fest, daß der Artikel 93 des Vertrages mit Deutschland, welcher Polen einer internationalen Kontrolle, sowie Abhängigkeit von internationalen Verpflichtungen in Sachen der selbstverständlichen und immer in Polen geübten Rechte der Minderheiten aufzwingt, vom ganzen polnischen Volke als eine schmerzliche Verminderung der Rechte der souveränen Republik angesehen wird und als Beweis eines durch nichts motivierten Vertrauensmangels seitens der verbündeten Mächte aufgefaßt wird.

Der Landtag drückt die Ueberzeugung aus, daß die Verbündeten das Unrecht erkennen werden, welches Polen in diesem Vorschlag zugefügt wird und daß dieser Artikel verändert werden wird. Die Dringlichkeit, sowie der Antrag selbst wurde einstimmig ohne Diskussion angenommen.

Kleine Nachrichten

Notenwechsel über die Haller-Armeen

(vgl. Nr. 16 der Mitteilungen)

Auf die Note, die Reichsminister Erzberger am 13. Juni an General Dupont gerichtet hatte, ist folgende Antwortnote eingegangen:

Ich habe hinsichtlich der in Ihrem Briefe vom 13. Juni behandelten Fragen die Antworten aus Warschau und Spaa erhalten. General Henry in Warschau, dem ich den Befehl: Posen, vom 8. Juni gemeldet hatte, antwortete nur dies: „Dieser Befehl ist unwahrscheinlich, denn keine Division Haller ist unter den Befehl des Generalstabes gestellt. Außerdem haben wir in Polen keine Angriffsabsichten.“

Es ist in der Tat kaum anzunehmen, daß ein Offizier des Generalstabes in Posen proprio motu erklären könne, daß Polen sich im Kriegszustande mit Deutschland befände. Sie und ich hätten dies gewußt. Ich habe noch nicht herausgebracht, ob dieser Befehl wirklich erteilt worden ist und im bejahenden Falle von wem. Ich werde die Ehre haben, Ihnen mitzuteilen, was ich in Erfahrung bringen werde, obwohl dies nur mehr von historischem Interesse ist.

Aus Spaa ließ mir Marschall Foch telegraphieren, daß er keinerlei „mündliche Zusicherungen“ gegeben habe für Einschränkungen über die Verwendung, die die polnische Regierung von den nach Polen beförderten Truppen machen könnte.

Wir halten uns demnach an den Wortlaut des Waffenstillstandes. In der uns beschäftigenden Angelegenheit kenne ich nur den Artikel XVI des Abkommens vom 11. November 1918, modifiziert durch die Veränderung der Transportlinie. — Es ist außer Zweifel, daß dieser Text genügt, um jeden Gedanken an eine Angriffsverwendung der auf diese Weise beförderten Truppen gegen Deutschland auszuschalten, da diese Truppen die Ordnung in den von Deutschland geräumten Gebieten aufrecht erhalten werden.

Nachdem das Telegramm des Generals Henry in allen Punkten mit dieser Auffassung übereinstimmt, sehen Sie, daß die von Ihnen befundeten Befürchtungen keine andere Begründung zu haben scheinen, als die zu beiden Seiten der Demarkationslinie vorherrschende Nervosität.

Genehmigen Sie, Excellenz, die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.
gez. Dupont.

(„Dtsch. A. Z.“, 18. Juni, Nr. 285.)

Berlin, 17. Juni. Auf das Schreiben des Generals Dupont vom 14. Juni hat Reichsminister Erzberger ein zweites Schreiben an den General folgenden Wortlauts richten lassen:

Herr General! Im Auftrage seiner Excellenz des Herrn Reichsministers Erzberger habe ich die Ehre, Ihnen den Empfang des Schreibens vom 14. Juni zu bestätigen. Der Herr Reichsminister hat die Meldung gern entgegengenommen, daß Ihre Excellenz sofort nach Warschau telegraphiert haben, um seinen Standpunkt dort mitzuteilen. Seine Excellenz spricht die Erwartung aus, daß bei Übermittlung der Antwort aus Warschau Eure Excellenz in der Lage sein werden, die gewünschten, im oben erwähnten Schreiben Eurer Excellenz nicht enthaltenden präzisen Angaben zu machen, ob der in der Note vom 12. Juni erwähnte Befehl an Generalmajor Dombrowski den Tatsachen entspricht und welche Garantien gegeben werden können, daß die Hallersche Division tatsächlich nicht gegen Deutschland verwandt und ein Angriff durch die Polen nicht beabsichtigt ist.

In der Note des Herrn Reichsministers vom 13. Juni an Marschall Foch hat die deutsche Regierung durch die loyale Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen vor aller Welt bewiesen, daß sie ernstlich gewillt ist, den Spaer Vertrag vom 4. April restlos durchzuführen, allerdings

nur unter der Voraussetzung, daß auch von polnischer Seite nicht gegen den Vertrag verstoßen wird. Da bisher keine präzise Erklärung vorliegt, daß die Gallerschen Truppen nicht zu Angriffszwecken gegen Deutschland verwandt werden, hat sich begreiflicherweise die Erregung der Bevölkerung Deutschlands und des Grenzschutzes der deutschen Ostprovinzen so gesteigert, daß schwerwiegende Folgen entstehen können. Ich darf daher im Auftrag des Herrn Reichsministers Erzberger nochmals wiederholen, daß die Waffenstillstandskommission einer möglichst umgehenden und präzisen Erklärung entgegensteht.

Im Auftrag gez. v. Brentano.

Der Weg zur bedingungslosen Annahme

Die deutsche Note vom 22. Juni.

„Die Regierung der deutschen Republik hat von dem Augenblick an, wo ihr die Friedensbedingungen der alliierten und assoziierten Regierungen bekannt gegeben wurden, keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie in Übereinstimmung mit dem ganzen deutschen Volk diese Bedingungen als im schroffen Widerspruch mit der Grundlage befindlich ansehen muß, die vor den alliierten und assoziierten Mächten einerseits und Deutschland andererseits völkerrechtlich verbindlich für den Frieden vor dem Abschluß des Waffenstillstandes angenommen worden war. Sie hat unter Berufung auf diese zwischen den Verhandlungsteilen vereinbarte Rechtsgrundlage und unter offener Darlegung der Verhältnisse in Deutschland nichts unversucht gelassen, um zu unmittelbarem mündlichen Meinungsaustausch zu gelangen, um derart eine Milderung der unerträglich harten Bedingungen zu erwirken, die es der Regierung der deutschen Republik möglich machen sollte, den Friedensvertrag vorbehaltlos zu unterzeichnen und seine Durchführung zu gewährleisten. Diese im Interesse des Weltfriedens und

der Völkerversöhnung unternommenen Versuche der Regierung der deutschen Republik sind an dem starren Festhalten an den Friedensbedingungen gescheitert. Weitergehende Gegenvorschläge der deutschen Delegation fanden nur in einzelnen Punkten Entgegenkommen. Die gewährten Erleichterungen vermindern die Schwere der Bedingungen nur in geringem Maße. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die Regierung der deutschen Republik durch ein am 23. Juni ablaufendes Ultimatum vor die Entscheidung gestellt, den von ihnen vorgelegten Friedensvertrag zu unterzeichnen oder die Unterzeichnung zu verweigern. Für den letzteren Fall würde ein völlig wehrloses Volk mit der zwangsweisen Auferlegung der geforderten Friedensbedingungen und der Vermehrung der schweren Lasten bedroht. Das deutsche Volk will nicht die Wiederaufnahme des blutigen Krieges, es will aufrichtig einen dauernden Frieden. Es hat keine andere Macht in der Hand, als die Berufung auf das ewige unveräußerliche Recht eines selbständigen Lebens, das, wie allen Völkern, so auch dem deutschen Volke zusteht. Die Regierung der deutschen Republik kann diesem heiligen Recht des deutschen Volkes durch Anwendung von Gewalt keinen Nachdruck verleihen. Sie kann nur auf die Unterstützung durch das Gewissen der Menschheit hoffen. Kein Volk, auch keine der alliierten und assoziierten Mächte, werden dem deutschen Volke zumuten, einem Friedensinstrument aus innerer Überzeugung beizustimmen, durch das lebendige Glieder vom Körper des Deutschen Reiches ohne Befragen der in Betracht kommenden Bevölkerung losgelöst, die deutsche Staatshoheit dauernd verletzt und dem deutschen Volke unerträgliche wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt werden sollen. Die deutsche Regierung hat aus der im Osten abzutretenden Gebieten leidenschaftliche Kundgebungen der Bevölkerung erhalten, daß sie sich einer Abtrennung dieser größtenteils seit vielen

Jahrhunderten deutschen Gebiete mit allen Mitteln widersetzen werde. Die deutsche Regierung sieht sich daher genötigt, alle Verantwortung für etwaige Schwierigkeiten, die sich aus dem Widerstand der Bewohner gegen ihre Loslösung von Deutschland ergeben können, abzulehnen.

Wenn die Regierung der deutschen Republik gleichwohl bereit ist, die Forderung der Alliierten unter nachstehendem Vorbehalt zu unterzeichnen, so geschah dies nicht aus freiem Willen. Die Regierung der deutschen Republik erklärt feierlich, daß ihre Haltung dahin zu verstehen ist, daß sie der Gewalt weicht, in dem Entschluß, dem unsagbar leidenden deutschen Volk einen neuen Krieg, die Zerreißung seiner nationalen Einheit durch weitere Besetzung deutschen Gebietes, entsetzliche Hungersnot für Frauen und Kinder und unbarmherzige längere Zurückhaltung der Kriegsgefangenen zu ersparen. Das deutsche Volk erwartet in Absehung der gewaltigen Lasten, die es übernehmen muß, daß sämtliche deutsche Kriegs- und Zivilgefangenen mit Beginn vom 1. Juli an in ununterbrochener Folge und in kurzer Frist zurückgegeben werden. Deutschland hat die feindlichen Kriegsgefangenen in zwei Monaten zurückgeführt. Die Regierung der deutschen Republik verpflichtet sich, die Deutschland auferlegten Friedensbedingungen zu erfüllen. Sie will sich jedoch in diesem feierlichen Augenblick mit rückhaltloser Klarheit äußern, um jedem Vorwurf einer Unwahrhaftigkeit, der Deutschland jetzt oder später gemacht werden könnte, von vornherein entgegenzutreten. Die auferlegten Bedingungen übersteigen das Maß dessen, was Deutschland tatsächlich leisten kann. Die Regierung der deutschen Republik fühlt sich daher zu der Erklärung verpflichtet, daß sie alle Vorbehalte macht und jede Verantwortung ablehnt gegenüber den Folgen, die über Deutschland verhängt werden können, wenn die Undurchführbarkeit der Bedingungen auch

bei schärfster Anspannung des deutschen Leistungsvermögens in Erscheinung treten muß. Deutschland legt weiterhin den größten Nachdruck auf die Erklärung, daß es den Artikel 231 des Friedensvertrages, der von Deutschland fordert, sich als alleinigen Urheber des Krieges zu bekennen, nicht annehmen kann und durch seine Unterschrift nicht deckt. Daraus folgt ohne weiteres, daß Deutschland es auch ablehnen muß, die Übernahme der ihm auferlegten Belastung aus der ihm zu Unrecht zugeschobenen Urheberschaft am Kriege anzuerkennen. Ebensovietig kann es ein Deutscher mit seiner Würde und Ehre vereinbaren, die Artikel 227 bis 230 anzunehmen und auszuführen, in denen Deutschland zugemutet wird, Angehörige des deutschen Volkes, die von den alliierten und assoziierten Mächten der Verletzung internationaler Gesetze und der Bornahme von Handlungen gegen die Gebräuche des Krieges bezichtigt werden, den alliierten und assoziierten Mächten zur Aburteilung auszuliefern. Weiter legt die Regierung der deutschen Republik entschieden Verwahrung ein gegen die Wegnahme des gesamten deutschen Kolonialbesitzes und die hierfür gegebene Begründung, die Deutschland die Befähigung zur kolonialen Betätigung dauernd abspricht, obgleich das Gegenteil feststeht und überdies in den Bemerkungen der deutschen Friedensdelegation zu den Friedensbedingungen unwiderlegbar nachgewiesen ist. Die Regierung der deutschen Republik nimmt an, daß es den alliierten und assoziierten Regierungen erwünscht ist, daß sie offen gesprochen hat. Obwohl sowohl, was ihren guten Willen als auch ihre Vorbehalte angeht, sie glaubt daher, unter Hinweis auf die Zwangslage, in die die Forderungen der Alliierten das deutsche Volk versetzen, eine Zwangslage, wie sie drückender und folgenschwerer einem Volke noch nie auferlegt worden ist und unter Berufung auf die ausdrückliche Zusage der alliierten und assoziierten Regierungen in ihrem

Memorandum vom 16. Juni 1919 berechtigt zu sein, folgendes billige Ersuchen an die alliierten und assoziierten Regierungen zu richten in der Erwartung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die nachstehende Erklärung als wesentlichen Bestandteil des Vertrages ansehen werden.

Innerhalb zweier Jahre, vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages ab gerechnet, werden die alliierten und assoziierten Regierungen den gegenwärtigen Vertrag dem Hohen Rat der Mächte, so wie er vom Völkerbund nach Artikel 4 eingesetzt ist, zwecks Nachprüfung unterbreiten. Vor diesem Hohen Rat sollen die deutschen Bevollmächtigten dieselben Rechte und Vorrechte genießen, wie die Vertreter der anderen kontrahierenden Mächte des gegenwärtigen Vertrages. Dieser Rat soll über die Bedingungen des gegenwärtigen Vertrages entscheiden, die die Rechte der Selbstbestimmung des deutschen Volkes beeinträchtigen, ebenso wie über die Bestimmungen, durch welche die freie gleichberechtigte wirtschaftliche Entfaltung Deutschlands behindert wird.

Die Regierung der deutschen Republik gibt hiernach die in dem Schreiben vom 16. Juni 1919 geforderte Erklärung ihrer Zustimmung in folgender Form ab:

Die Regierung der deutschen Republik ist bereit, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk Urheber des Krieges sei, und ohne eine Verpflichtung zur Auslieferung nach Artikel 227 bis 230 des Friedensvertrages zu übernehmen."

gez. Bauer, Ministerpräsident.

Die Ablehnung durch die Entente.

Versailles, den 23. Juni

„Herr Präsident!

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die Note der deutschen Abordnung vom heutigen Tage (22. Juni) geprüft, und halten es für ihre Pflicht, mit Rück-

sicht auf die Kürze der Zeit sofort zu antworten.

Von der Frist, in der die deutsche Regierung ihren endgültigen Entschluß über die Unterzeichnung des Friedensvertrages fassen muß, sind nicht einmal mehr 24 Stunden übrig. Die alliierten und assoziierten Mächte haben mit größter Aufmerksamkeit alle von der deutschen Regierung zum Friedensvertrag vorgebrachten Einwände geprüft. Sie haben sie mit vollem Freimuth beantwortet und die Zugeständnisse gemacht, die ihnen gerecht und notwendig schienen. Aber die letzte Note der deutschen Delegation enthält kein Argument, keine Bemerkung, die nicht schon Gegenstand ihrer Prüfung gewesen wäre.

Die alliierten und assoziierten Mächte glauben sich daher zu der Erklärung verpflichtet, daß jetzt nicht mehr der Zeitpunkt zu Diskussionen ist. Sie können Abänderungen und Vorbehalte weder annehmen noch anerkennen und sehen sich gezwungen, von den Vertretern Deutschlands eine unzweideutige Willenserklärung zu fordern, ob sie diesen Vertrag in seiner Gesamtheit und in seiner endgültigen Form unterzeichnen oder ablehnen. Nach der Unterzeichnung müssen die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Ausführung des Vertrages in allen seinen Bedingungen verantwortlich machen.

Empfangen Sie usw.

gez. Clemenceau."

Die bedingungslose Annahme.

Die Regierung der deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung ersehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Vol-

tes nicht berührt. Sie nach außen zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volke nach den entsetzlichen Leiden der letzten vier Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der deutschen Republik, „daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.“

Der polnische Ausrottungskrieg gegen die Ukrainer

Berlin, 14. Juni. (Priv.-Tel.) Der ukrainische Pressedienst meldet:

In ihrem Ausrottungskriege gegen die Ukrainer wüten die Polen in den von ihnen besetzten ukrainischen Gebieten in der schrecklichsten Weise. Alle Baracken und Kerker in Polen, in denen seinerzeit Osterreich-Ungarn und Deutschland ihr Militär und ihre Sträflinge hielten, sind überfüllt von internierten Ukrainern. In den Baracken in Dombie bei Krakau, in Wadowitz, Wisnitsche, in den Kerkern von Szezepiorno und Powiazki bei Kalisz, in den Kasematten bei Modlin, Zwangorod und Warschau, in den finsternen Gefängnissen von Brest-Litowsk, Tomaszow, Cholm, Grubieszow, Wlodawa, Biata, Wilka und Sokolow schmachten Zehntausende von Soldaten und Internierten ukrainischer Nationalität, Opfer des alles niedertretenden polnischen Imperialismus. In Warschau auf dem berühmtesten „Mokotowski“ sind die ukrainischen Volksschullehrer aus Wolhynien, Polesien und dem Cholmerlande interniert. Diese Unglücklichen teilen ihre Zellen mit Schwerverbrechern und sind daselbst den schwersten physischen und seelischen Qualen ausgesetzt. Diese Gefängnisse wurden bisher von den Abgesandten der einzelnen, das Land besuchenden Rote Kreuzmissionen nicht inspiziert, weil die Polen diese Häftlinge vor den

Fremden als Bolschewiki bezeichnen und eine unmittelbare Berührung mit den Gefangenen verhindern. In diesen Gefängnissen befindet sich auch eine größere Anzahl höherer ukrainischer Beamten, die gleichfalls mit Schwerverbrechern eingekerkert, wegen der wichtigsten Vorwände mit der Prügelstrafe belegt werden, so der gewesene Gouverneur von Polesie und Cholm, Alexander Storopph-Saltuchowshj und der Delegierte des ukrainischen Ministerrates Schelest. Die Zahl der Internierten beträgt hier über 1200, darunter sämtliche Priester und Lehrer aus Polesie, Piblasie und Cholm. Außerdem befindet sich in der Zitadelle von Brest-Litowsk und in den Gefängnissen von Tomaszow, Cholm und Grubieszow Tausende ukrainischer Bauern, die dem Glauben ihrer Väter treu geblieben und die Weigerung, zur römisch-katholischen Kirche überzutreten, nunmehr mit schwerster Gefängnisstrafe büßen. Diese Gefängnisse sind geradezu das Grab für die Internierten, da Hunger und epidemische Krankheiten zahlreiche Opfer fordern.

Bei den Arretierungen und Verhaftungen sind die polnischen Legionäre und Gendarmen sofort mit der Konfiskation des Vermögens der Betroffenen vorgegangen. In Brest-Litowsk allein wurden Bauernwirtschaften im Werte von 15 Millionen konfisziert. Am 12. Februar 1919 haben polnische Soldaten in Kobry die Staatskasse erbrochen, den darin enthaltenen Betrag von 450 000 Rubel geraubt und nach Einäscherung des Dorfes die gesuchte ukrainische Intelligenz in der Zitadelle Modlin interniert. In besonders schrecklicher Weise wüteten die Polen in Brest-Litowsk. An den Raubzügen der polnischen Soldateska beteiligten sich auch polnische Offiziere. Das ukrainische Hab und Gut wurde vollständig ausgeraubt, die Ukrainer selbst in den Militärbaracken in Szezypiorn bei Kalisz interniert. Am 16. März überfielen polnische Soldaten den Obmann des Cholmer Rettungskomitees Salikowshj und raubten eine

Million Rubel öffentliches Geld. Dem griechisch-katholischen Pfarrer Nit wurden sogar die Priesterkleider weggenommen.

Alle diese Raubzüge der polnischen Soldateska geschehen mit Wissen der höheren polnischen Kommandanten. Ja, es ist erwiesen, daß der polnische General Pistorwski den Befehl erteilt hat, alle ukrainischen Kulturdenkmäler einzuziehen und zu vernichten. Die einen unschätzbaren Wert besitzenden historischen ukrainischen Kirchengemälde, Kirchenbücher und Bibliotheken wurden konfisziert und verschleppt. 50 ukrainische Kirchen, die wegen ihrer bedeutenden ukrainischen Kulturdenkmäler historischen Wert besitzen, wurden von den Polen verbrannt, 500 andere ukrainische Kirchen wurden für den ukrainischen Bischof Kujanowski. Mit Stumpf Pfarrer und Mönche wurden interniert. Die berühmte Kathedrale von Cholm verfiel der Konfiskation durch den polnischen Bischof Kujanowski. Mit Stumpf und Stiel wird alles Ukrainische ausgerottet, ja selbst Ortsnamen, die an die

ukrainische Geschichte anknüpfen, werden in polnische umgewandelt. In den Baracken und Gefängnissen Polens schmachten mehr als 100 000 ukrainische Soldaten. Es sind dies nicht nur Gefangene von der ostgalizischen und wolhynischen Front, sondern auch ukrainische Soldaten der ehemaligen österreichisch-ungarischen Armee, die je auf ihrer Rückkehr aus der Gefangenschaft polnisches Territorium betreten haben. In den Kasematten der Festung Modlin allein sind bisher über 10 000 ukrainische Soldaten an Hunger und epidemischen Krankheiten zu Grunde gegangen.

Die Ukrainer erheben vor der gesamten zivilisierten Welt gegen diesen Raub- und Mordzug des polnischen Imperialismus gegen das ukrainische Volk flammenden Protest und erwarten, daß das zivilisierte Europa diesen Verzweiflungsruf eines 40 Millionenvolkes hören und rasch und tatkräftig eingreifen wird.

(„Frankf. Btg.“ vom 16. Juni Nr. 436.)